

Niederschrift

über die Sitzung

des Rates der Gemeinde Friedeburg

am Donnerstag, dem 15.04.2010, 19:35 Uhr,

in der Gaststätte "Up Deel" in Reepsholt, Reepsholter Hauptstr. 32

Anwesend:

→ Ratsmitglieder

Paul Rickels, Friedeburg (Vorsitzender)
Karin Emmelmann (Bürgermeisterin)
Peter Assing, Friedeburg
Hermann Behrends, Hesel
Hartwig Conrads, Etzel
Brigitte Dirks, Upschört
Harald Dirks, Wiesede
Karlheinz Eberhards, Dose
Maike Eilers, Abickhufe
Arthur Engelbrecht, Marx
Johann Ennen, Horsten
Johann Fabricius, Wiesedermeer
Lotte Fischer, Marx
Eva Grüßing, Bentstreek
Heiko Heinks, Bentstreek
Henning Heinz Hinrichs, Reepsholt
Theo Hinrichs, Horsten
Dagmar Janssen, Wiesedermeer (ab TOP 5, 19:55 Uhr)
Hans-Hermann Lohfeld, Friedeburg
Inge Meyer, Horsten
Hans-Otto Rasche, Friedeburg
Ingo Renken, Friedeburg
Traute Reuber, Friedeburg
Henning Weißbach, Wiesede
Klaus Zimmermann, Wiesedermeer

→ Vertreter der Verwaltung

GOAR Hans-Werner Arians
Verw.-Angest. Ferdinand Goetz
GA Roland Abels
GOI Nils Janßen (zugleich Protokollführer)

Entschuldigt fehlten Rh. Achim Ackermann und Rh. Günter Peters.

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19.35 Uhr die Sitzung.

TOP 2: Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 06.04.2010 zur Sitzung eingeladen worden und der Rat beschlussfähig sei.

Einwendungen wurden dagegen nicht erhoben.

TOP 3: Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mit 22 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben sich ihrer Stimme enthalten.

**TOP 4: Genehmigung der Niederschrift vom 25.02.2010
(Drucksache-Nr.: 2006-11/R/016)**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 25.02.2010 wurde mit 21 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Nein“ gestimmt.

TOP 5: Bürgerfragestunde

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Herr Thomas Getrost aus Horsten erkundigte sich, wie sich die Gemeinde zu dem Antrag der E.ON Gas Storage zum vorzeitigen Baubeginn der Gasverdichteranlage verhalten werde. Die BM erklärte, die Gemeinde habe von dem Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn aus der Presse erfahren. Die Verwaltung werde sich mit dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Verbindung setzen und sich über die rechtlichen Auswirkungen eines vorzeitigen Maßnahmebeginns und die Möglichkeiten der Rechtsmittel informieren.

Auf Nachfrage von Rh. Rasche informierte die BM, dass die Gemeinde im Antragsverfahren auf Zulassung des vorzeitigen Maßnahmebeginns nicht beteiligt werde.

2. Herr Stefan Ahlfs aus Upschört bat um Auskunft über den Sachstand der Planungen für das Wohngebiet südlich am Haarweg. Die BM berichtete, es sei zunächst die Fragestellung der Erschließungsbeitragspflicht der Anlieger im Hinblick auf die vorgesehene Ausbauvariante am Haarweg zu klären, bevor die Weiterentwicklung des Wohngebietes politisch beraten werden könne.
3. Herr Detlef Grüßing aus Bentstreek fragte Rh. Heinks, wo die SPD-Ratsfraktion mit Einführung die Straßenausbaubeitragssatzung die Gerechtigkeit sehe, wenn künftig die Anlieger für den Ausbau von Gemeindestraßen Beiträge zahlen müssten, wohingegen Anlieger von Kreis-, Bundes- und Landesstraßen nicht betroffen seien. Rh. Heinks habe öffentlich zur Einführung der Straßenausbaubeitragssatzung erklärt, dass damit die Begehrlichkeiten im Straßenbau zurückgingen. Herr Grüßing sehe eine Gefahr darin, dass dadurch die Straßen verkommen würden und die Verkehrssicherheit gefährdet sei. Rh. Heinks stand zu seiner Aussage und wies auf die desolante Haushaltslage der Gemeinde hin. Aufgrund der derzeitigen Haushaltslage sei die Gemeinde in der Pflicht, eine geeignete Beteiligung der Anlieger zu prüfen, damit die Gemeindestraßen künftig in Ordnung gehalten werden könnten.

4. Herr Herbert Heyen aus Hesel stellte in Frage, ob den Befürwortern der Straßenausbaubeitragssatzung bewusst sei, wer mit Straßenausbaubeiträgen zur Kasse gebeten würden, da die landwirtschaftlichen Flächen nur zu 40 bis 50 % im Eigentum der Landwirte stünden. Die restlichen Flächen seien dazugepachtet, so dass in vielen Fällen auch die Verpächter Ausbaubeiträge zahlen müssten. Er gab weiter zu bedenken, ob die Kostenverteilung gerecht sei. Aus Beispielen anderer Kommunen sei ihm bekannt, dass die Straßenausbaubaukosten zum Teil höher als der Wert des Grundstückes gewesen seien. Auf Nachfrage von Herrn Heyen berichtete die BM, dass der Strudder Weg in Strudden im Zuge der Dorferneuerung ausgebaut worden sei. Von den noch zu ermittelnden Gesamtkosten erhalte die Gemeinde einen Zuschuss von 42 %.
5. Herr Franz Kreuzburg aus Horsten bedankte sich für die Fertigstellung der drei Ausweichbuchten am Gierhörner Weg in Horsten.
6. Herr Kreuzburg verwies auf einen Antrag zur Änderung und Präzisierung des Bebauungsplanes Nr. 5 von Etzel (Sondergebiet Kavernengelände) im Hinblick auf die Lärmkontingente. Der Antrag sei im Fachausschuss mit zwei Ja-Stimmen angenommen worden. Er stellte in Frage, ob der VA diesen Beschluss – ohne darüber abzustimmen – zu den Akten gelegt habe. Die BM sagte zu, diese Frage schriftlich bzw. in der nächsten Ratssitzung zu beantworten.
7. Herr Jürgen Vogel aus Marx fragte, ob die Gemeinde Kenntnis davon habe, dass zwischen dem Landkreis und der IVG bereits positive Entscheidungen bezüglich der raumordnerischen Voranfrage zur Erweiterung des Kavernengeländes gefallen seien. Die BM erklärte, die Gemeinde habe in der Ratssitzung am 25.02.2010 einstimmig die Stellungnahme zur raumordnerischen Beurteilung der Kavernengebietserweiterung beschlossen. Herr Landrat Köring habe wiederholt bestätigt, dass sich der Landkreis der Stellungnahme der Gemeinde anschließen werde. Anderslautende Informationen lägen ihr nicht vor.
8. Auf Nachfrage von Herrn Bernd Kasdorf aus Horsten, sagte die BM, sie habe an einem angeblich vertraulich geführten Gespräch zwischen Herrn Dr. Niesslein und Herrn Landrat Köring nicht teilgenommen.
9. Herr Hannes Becker aus Horsten fragte, ob die Gemeinde Möglichkeiten sehe, die Belastungen der Bevölkerung durch die IVG und die damit verbundenen Belästigungen der Bürgerinnen und Bürger zu verhindern bzw. zu minimieren. Die BM verwies auf das kürzlich mit Herrn Dr. Niesslein geführte Gespräch. Sie sehe das Gespräch als Beginn für einen konstruktiven Dialog. Ziel sei es, Belästigungen auf ein Minimum zu reduzieren.
10. Herr Bernd Kasdorf verwies auf eine Petition der Bürgerinitiative an den Landkreis und die Gemeinde mit der Fragestellung möglicher Verstöße gegen das Mitwirkungsverbot bei Beschlüssen zur IVG. Der Landkreis habe inzwischen geantwortet. Herr Kasdorf fragte, wann mit einer Antwort der Gemeinde zu rechnen sei. Die BM erklärte, sie habe heute per E-Mail ein Antwortschreiben an Frau Lore Lang gerichtet. Das Mitwirkungsverbot richte sich nach § 26 NGO. Dabei sei es nicht Aufgabe der Verwaltung, einen möglichen Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot zu ermitteln, vielmehr stehe jedes Ratsmitglied selbst in der Pflicht, ein Mitwirkungsverbot mitzuteilen. Der BM sei während ihrer Amtstätigkeit ab 01.11.2006 bis heute kein Fall bekannt geworden, dass ein Ratsmitglied ein Mitwirkungsverbot im Zusammenhang mit IVG-Planungen angezeigt hätte.
11. Herr Thomas Gerbracht aus Benstreek erkundigte sich, warum eines der Tore am Zollweg in Bentstreek entfernt worden sei. Rfrau Grüßing erklärte, das Tor sei vom Bauhof zur Reparatur abgeholt worden und werde in Kürze wieder angebracht.

TOP 6: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 mit Investitionsprogramm, Finanzplan und Stellenplan (Drucksachen-Nrn.: 2010-035, 2010-035/1 u. 2010-035/2)

Die BM gab einen umfassenden Überblick über die Haushaltsentwicklung (siehe Anlage).

Rh. Behrends erklärte, dass seit 1972 noch nie so spät und so intensiv über den Haushalt beraten worden sei wie in diesem Jahr. Er richtete seinen Dank an den Kämmerer und sein Team, die das Bestmögliche herausgeholt hätten. Er sah es als bedauerlich an, den Verwaltungshaushalt nicht ausgleichen zu können. Er gab dabei allerdings zu bedenken, dass der Fehlbetrag vorrangig fremdbestimmt sei und die Gemeinde wenig Einfluss auf die Finanzentwicklung nehmen könne. Hier sei vielmehr die große Politik gefordert, die auf die Haushaltssituation der Kommunen reagieren müsse. Viele Ausgabepositionen seien auf den Prüfstand gestellt und zum Teil zurückgestellt worden.

Rh. Heinks sah es als Vorteil des diesjährigen Haushalts an, dass in und mit den Fraktionen viel miteinander geredet und Kompromisse ausgehandelt worden seien, um den Fehlbetrag so gering wie möglich zu halten und das Optimum herauszuholen. Gerade im sozialen Bereich seien beispielsweise die Kindergartengebühren oder die Ausbildungsplätze nicht angetastet worden. Auch müsse die Gemeinde im Interesse der Wirtschaft weiterhin investieren. Er sah die Krise zugleich als Chance an, künftig über neue Wege nachzudenken. So könnten die Straßen beispielsweise durch Eigenleistung möglicherweise günstiger ausgebaut werden.

Rh. Assing konnte in dem vorliegenden Zahlenwerk keinen Sparwillen erkennen und begründete den Fehlbetrag mit hausgemachten Fehlern. Die hohen Personalkosten und der Verzicht auf Erschließungsbeiträge seien nur einige Punkte, die das hohe Defizit ausmachten, mit dem die Gemeinde noch etliche Jahre zu tun habe. Seiner Ansicht nach finde keine Haushaltskonsolidierung statt und er bezweifelte, dass der Haushalt vom Landkreis genehmigt werde.

Rh. Rasche führte aus, dass das Land jährlich 1,33 Mrd. einsparen müsse. Dies werde sich auch auf die Kommunen auswirken. Insofern sei nicht mit einer Verbesserung der Haushaltssituation zu rechnen. Bislang seien die Ausgaben nur auf die Jahre 2011 und 2012 verschoben worden. Seiner Ansicht nach würden mit dem vorliegenden Haushalt Pflöcke eingeschlagen werden, die in den kommenden Jahren für die Bürgerinnen und Bürger eine Gebührenanhebung nach sich ziehen würde.

Rh. T. Hinrichs erklärte, der Rückgang des Steueraufkommens der Gemeinde Friedeburg habe von 2008 bis 2010 nur rd. 7 % betragen. Andere Kommunen hätten einen deutlich höheren Rückgang zu verzeichnen. Das Defizit der Gemeinde sei in vielen Fällen nicht fremdbestimmt, sondern hausgemacht. Mit den im Vermögenshaushalt getätigten Investitionen würden in künftigen Haushaltsjahren hohe Folgekosten auf die Gemeinde zukommen. Eine evtl. Änderung der Gewerbesteuer, die von der FDP auf Bundesebene angestrebt sei, könne sich ebenfalls negativ auf die Haushaltssituation Friedeburgs auswirken. Er sah es als großen Vorteil an, dass die Gemeinde nicht das geplante Kompetenz-Zentrum auf dem IVG-Gelände bauen werde und das Müllerhaus und die Altdeutsche Bierstube erworben habe. Unter diesen Voraussetzungen hätte die Gemeinde noch ein größeres Defizit ausweisen müssen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 24.03.2010 (Drucksache-Nr.: 2010-035/2) wurde mit 19 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt:

Dem vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 nebst Haushaltsplan, Finanzplan, Investitionsprogramm, Stellenplan, Haushalts-sicherungskonzept und sonstigen Anlagen wird zugestimmt:

	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>
a) Verwaltungshaushalt:	13.845.800 €	15.415.300 €
b) Vermögenshaushalt:	2.399.500 €	2.399.500 €

c) Kreditaufnahmen:	1.418.000 €
d) Verpflichtungsermächtigungen:	400.000 €
e) Kassenkredite:	2.500.000 €
f) Steuerhebesätze:	
Grundsteuer A	320 v.H.
Grundsteuer B	320 v.H.
Gewerbesteuer	320 v.H.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Nein“ gestimmt.

**TOP 7: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen
(Drucksache-Nr.: 2009-160/1)**

GOAR Arians erläuterte die Sitzungsvorlage und bat, den vorliegenden Satzungsentwurf um die Straßen nach § 47 Nr. 2 NStrG., die sogenannte Gemeindeverbindungsstraßen, zu ergänzen. Es sei festgestellt worden, dass nach dem Straßenbestandsverzeichnis der Gemeinde mehrere Straßen als solche Gemeindeverbindungsstraßen klassifiziert seien. Insofern sei der Satzungsentwurf wie folgt zu ergänzen:

§ 1 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Zu den öffentlichen Einrichtungen gehören auch die aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Wohnwege, die Gemeindeverbindungsstraßen (§ 47 Nr. 2 NStrG) und die anderen Straßen im Außenbereich, die die Gemeinde für den öffentlichen Verkehr gewidmet hat (§ 47 Nr. 3 NStrG).“

In § 4 Abs. 2 wird nach Punkt 3. der folgende Punkt eingefügt:

„4. bei Gemeindestraßen im Sinne von § 47 Nr. 2 NStrG 70 v.H.“

Rh. Eberhards erklärte, die CDU-Fraktion beschäftige sich seit zwei Jahren sehr ausgiebig mit dem Thema und habe sich bereits sehr früh positioniert, die Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung abzulehnen.

Rh. Heinks sah die Straßenausbaubeitragssatzung als eine Möglichkeit an, die 400 km Gemeindestraßen künftig instand zu halten. Bei einer ablehnenden Haltung hätte im Rahmen der Haushaltsdiskussion ein höherer Ansatz für den Straßenbau bereitgestellt werden müssen. Seiner Ansicht nach helfe eine kategorische Ablehnung nicht weiter, dann müssten alternative Lösungsvorschläge für den künftigen Straßenbau unterbreitet werden.

Rh. Engelbrecht wies darauf hin, dass landwirtschaftliche Flächen vielfach für wenig Geld verpachtet seien. Verpächter könnten insofern nicht die hohen Beiträge für einen Straßenbau aufbringen. Die Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen verursache zudem zusätzliche Personalkosten. Andere Kommunen würden aus derartigen Gründen Straßenausbaubeitragssatzungen wieder abschaffen.

Rh. Engelbrecht beantragte eine namentliche Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Rh. Assing merkte an, die Erarbeitung des Satzungsentwurfs habe viel Zeit in Anspruch genommen und Personalkosten verursacht. Bei einer kategorischen Ablehnung hätte sich die Verwaltung diese Arbeit sparen können.

Rh. Rasche sah das Verhalten der CDU-Fraktion als undemokratisch an. Er zog einen Vergleich zum Erschließungsbeitragsrecht, hiernach müssten die betroffenen Anlieger 90 % der Kosten tragen. Bei Straßenausbaubeiträgen würden dagegen die Anlieger mit einem wesentlich geringeren Anteil belastet werden. Die übrigen Kosten hätte die Allgemeinheit zu tragen. Seiner Ansicht nach würden bei der Erhebung von Ausbaubeiträgen kostengünstigere Ausbauvarianten gefunden werden. Als Beispiel nannte er den Gierhörner Weg in Horsten, bei dem anstelle eines Komplettausbaus nunmehr die kostengünstigere Lösung mit Ausweibuchten gefunden worden sei.

Auch Rh. Heinks war der Meinung, dass mit der Einführung der Satzung der Straßenbau ein wenig gerechter werde. Da seinem Eindruck nach zum Teil Fehlinformationen in der Bevölkerung vorlägen, schlug er vor, vor Erlass der Erschließungsbeitragssatzung zunächst Informationsveranstaltungen in den Ortschaften durchzuführen und die Bürgerinnen und Bürger über die Auswirkungen der Satzung zu informieren.

Die Ratsmitglieder führten eine Diskussion über die Belastung der Anlieger und über zusätzliche Personalkosten, die durch die Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung entstünden.

GOAR Ariens erklärte, die Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen sei komplexer als die Abrechnung von Erschließungsbeiträgen und wegen unterschiedlicher Straßen- und Grundstückstypen mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden. Zudem müsse auch mit Klageverfahren gerechnet werden.

Rh. T. Hinrichs beantragte, über den Beschlussvorschlag geheim abzustimmen.

Rh. Conads zeigte sich enttäuscht über die Haltung der CDU-Ratsfraktion. Aufgrund der ablehnenden Haltung hätte nicht so lange über die Satzung diskutiert werden müssen. Er unterstellte den CDU-Vertreterinnen und –Vertretern, sie hätten populistisch die Bürgerinnen und Bürger informiert.

Rh. Eberhades wies die Kritik zurück und erklärte, die CDU-Ratsfraktion habe keine falschen Informationen weitergegeben.

Rh. Lohfeld unterstützte den Vorschlag von Rh. Heinks, die Bürgerinnen und Bürger ausführlich über die Straßenausbaubeiträge zu informieren und Beispielrechnungen vorzulegen, um mögliche Ängste abzubauen. Mit der Erhebung der Beiträge sollte mehr Gerechtigkeit in den Straßenausbau gebracht werden, dabei sollte niemand benachteiligt werden.

Rh. Heinks beantragte, über den vorliegenden Beschlussvorschlag noch nicht zu entscheiden und zunächst in jeder Ortschaft Informationsveranstaltungen durchzuführen, in der Fragen beantwortet werden könnten.

Der Antrag von Rh. Heinks wurde mit 12 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Ja“ gestimmt.

Auf Antrag von Rh. Heinks wurde die Sitzung für zehn Minuten von 21.25 bis 21.35 Uhr unterbrochen.

Gem. § 8 Abs. 5 S. 3 der Geschäftsordnung ist ein Verlangen nach geheimer Abstimmung vorrangig vor einem Verlangen nach namentlicher Abstimmung zu behandeln ist.

12 Ratsmitglieder stimmten für eine geheime Abstimmung, so dass eine geheime Abstimmung durchgeführt wurde.

Nach Auszählung der Stimmzettel wurde mit 11 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen folgender Beschlussvorschlag abgelehnt:

Dem heute ergänzten Entwurf der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) für straßenbauliche Maßnahmen in der Gemeinde Friedeburg (Straßenausbaubeitragssatzung) wird zugestimmt.

TOP 8: **Bildung eines Jugendparlaments
(Drucksache-Nr.: 2008-125/3)**

Die BM erläuterte die Sitzungsvorlage.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 09.04.2010 (Drucksache-Nr.: 2008-125/3) wurde einstimmig zugestimmt:

- 1. Dem Erlass der Satzung für das Jugendparlament in der Gemeinde Friedeburg und der Wahlordnung wird zugestimmt.**
- 2. Bei der erstmaligen Wahl des Jugendparlamentes ist die Vorbereitungszeit für die Wahl um einen Monat zu verkürzen.**

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Ja“ gestimm.

TOP 9: **Neuregelung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
(Drucksache-Nr.: 2010-032)**

GOAR Arians erläuterte die Sitzungsvorlage.

Rh. Rasche regte an, Schenkungen im Rahmen von Wirtschaftsförderungen ebenfalls der Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 23.02.2010 (Drucksache-Nr.: 2010-032) wurde einstimmig zugestimmt:

- 1. Die Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen mit einem Wert von über 100 Euro bis höchstens 2.000 Euro wird dem Verwaltungsausschuss übertragen.**
- 2. Die im Haushaltsjahr 2009 erhaltenen Zuwendungen von über 100 Euro gemäß der FinA-Vorlage vom 23.02.2010 beigefügten Aufstellung werden nachträglich genehmigt.**
- 3. Die bislang im Haushaltsjahr 2010 gewährten Zuwendungen werden genehmigt.**

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Ja“ gestimmt.

TOP 10: **Verringerung der Zahl der Ratsmitglieder (Antrag Rh. Th. Hinrichs vom
22.02.2010)
(Drucksache-Nr.: 2010-040)**

Rh. T. Hinrichs erläuterte seinen Antrag.

Rh. Engelbrecht und Rh. Heinks sprachen sich gegen eine Verringerung der Zahl der Ratsmitglieder aus. Wichtig sei es aus Sicht von Rh. Engelbrecht, dass auch künftig die kleineren Ortschaften durch Ratsmitglieder im Gemeinderat vertreten bleiben.

Rh. Rasche sah mit der Reduzierung der Ratsmitglieder kein großes Einsparpotenzial. Seiner Ansicht nach sehe er in der Verwaltung wahre Einsparpotenziale. Beispielsweise könnte die Zahl der an den Rats- und Ausschusssitzungen teilnehmenden Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter deutlich reduziert werden.

Dem Beschlussvorschlag aus der VA-Sitzung am 10.03.2010 wurde mit 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen zugestimmt:

Für die kommende Wahlperiode (2011 – 2016) wird von einer Verringerung der Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren auf 20 abgesehen.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben sich ihrer Stimme enthalten.

TOP 11: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Die BM berichtete anhand der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieser Niederschrift ist.

TOP 12: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

Die BM berichtete anhand der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieser Niederschrift ist.

TOP 13: Anfragen und Anregungen

Rh. T. Hinrichs erklärte, er behalte sich vor, den Beschluss zu TOP 7 (Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) anzufechten, da seiner Ansicht nach nicht die notwendigen Vorkehrungen für eine geheime Abstimmung vorgelegen hätten.

Rfrau Reuber zeigte sich hocheifrig über die erneute Anerkennung Friedeburgs als staatlich anerkannter Erholungsort. Sie bat darum, zeitnah durch eine Beschilderung in den Eingangsbereichen Friedeburgs auf dieses Prädikat hinzuweisen.

Rh. Rasche gab zu bedenken, dass dieses Prädikat auch Verpflichtungen auslöse und gab in diesem Zusammenhang den Hinweis, das Ortsbild in Friedeburg z.B. durch die Aufarbeitung und kontinuierliche Pflege der Pflanzbeete zu verschönern.

TOP 14: Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 22:10 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer